

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski
MdB, Stellvertretender
SPD-Vorsitzender, sieht
die SPD wohl vorbereitet
in die neue Legislatur-
periode gehen: Mit be-
währter Führungstroika.
Seite 1/2

Marie Schlei MdB zum
Ausgang der US-Präsi-
denwahl: Das europäisch-
amerikanische Verhältnis
klären.
Seite 3

Heinz Westphal MdB zeigt,
daß die Union in der Wirt-
schafts- und Finanzpoli-
tik nichts gelernt hat:
Ein hartes Stück Arbeit.
Seite 4-6

Egon Lutz MdB zu den jün-
gsten Arbeitsmarktdaten:
Der Arbeitsmarkt fordert
die Politiker.
Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

35. Jahrgang / 213 / 5. November 1980

Mit bewährter Führungstroika

Die SPD beginnt die Legislaturperiode wohl vorbereitet

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Der 9. Deutsche Bundestag hat heute den fünften sozialdemo-
kratischen Kanzler bestätigt. Nach den Reichskanzlern Phi-
lipp Scheidemann, Gustav Bauer, Hermann Müller und Bundes-
kanzler Willy Brandt ist Helmut Schmidt für weitere vier
Jahre in das - zwar nicht dem Protokoll, wohl aber der po-
litischen Bedeutung nach - wichtigste Amt unseres Landes
gewählt worden.

Gewiß: Das hat niemanden überrascht. Aber ist wirklich so
selbstverständlich, was auf den ersten Blick so erscheinen
mag? Man braucht sich nur im europäischen Ausland oder in
den Industriestaaten anderer Kontinente umzuschauen, um
rasch festzustellen: Die Bundesrepublik ist nicht nur, was
ihre wirtschaftliche und soziale Sicherheit angeht, sondern
auch in Bezug auf Kontinuität und Stärke ihrer Regierung
eine Ausnahme. Das wird auch außerhalb unserer Grenzen an-
erkannt und gewürdigt.

Die zweite deutsche Republik hat nicht zuletzt dank der nun
schon elfjährigen und jetzt erneut bestätigten führenden
sozialdemokratischen Regierungsverantwortung an Stabilität
und Statur gewonnen. Das macht uns stolz, aber nicht über-
mütig.

Helmut Schmidt mag es nicht, wenn man ihm Lorbeerkränze
windet. Ich will - auch weil ich seine gelegentliche Strenge
kenne - deshalb auch gar nicht erst den Versuch machen, Per-
son und Leistung zu würdigen. Helmut Schmidt weiß, daß er
sich auf breiteste Unterstützung verlassen kann, weit über
die Sozialdemokraten hinaus. Der Zustimmung im eigenen Land



entspricht die Wertschätzung und der Respekt, der ihm im Ausland entgegengebracht werden.

Der Bundeskanzler und seine Regierung können sich - alles in allem - auf dem Weg in eine neue, schwierige Etappe der Bundesrepublik auf ein solides Fundament stützen, das sie selbst entscheidend mitgeschaffen haben. Die weltwirtschaftlichen und außenpolitischen Bedingungen haben an Brisanz nichts verloren, im Gegenteil. Es ist gut, wenn unser Land in dieser Situation auf eine bewährte Regierung, auf Stetigkeit und Verlässlichkeit bauen kann. Und nicht nur die Arbeitnehmer wissen zu schätzen, was es bedeutet, im Angesicht der wirtschaftlichen Strukturprobleme eine Regierung zu haben, die die Bedingungen für sozialen Frieden garantiert.

So kann die SPD mit ihrer bewährten Führungstroika für Partei, Fraktion und Regierung mit Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt die neue Legislaturperiode wohl vorbereitet beginnen.

Die Grundlagen der Arbeit der nächsten vier Jahre haben die durch die Wahl am 5. Oktober gestärkten Koalitionsparteien in den Verhandlungen der vergangenen Woche gelegt. Der feste Wille und die Fähigkeit, sich auf ein gemeinsames Programm zu verständigen, waren dabei ebenso deutlich spürbar wie der Respekt vor der Unterschiedlichkeit von Positionen, die sich aus der Eigenständigkeit von zwei Parteien ergeben. Die Basis der Zusammenarbeit ist durch den Verlauf der Koalitionsverhandlungen nicht geschwächt, sondern erweitert worden.

Insgesamt komme ich heute - genau einen Monat nach dem Wahltag - zu dem Ergebnis: Der Start in die neue Legislaturperiode war gut. Dazu hat nicht zuletzt Herbert Wehner beigetragen. Damit meine ich nicht nur seine Verdienste um den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen mit der FDP, sondern auch die umsichtige Einbeziehung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in die laufenden Erörterungen.

Und nicht zuletzt: Es hat nicht nur uns Sozialdemokraten bewegt, daß und wie Herbert Wehner die erste Sitzung des 9. Deutschen Bundestages als Alterspräsident eröffnete. Wer ihn kennt, weiß, daß dies auch für ihn selbst weit mehr bedeutete, als nur einer formalen Verpflichtung nachzukommen, die sich aus der Geschäftsordnung des Bundestages ergibt. Auch dieser Bundestag hätte sich keinen besseren Start wünschen können. Dazu hat auch beigetragen - auch das muß gewürdigt werden -, daß der wiedergewählte Präsident Richard Stücklen Schärpen und Entgleisungen des vergangenen Wahlkampfes auf respektable Weise zu bereinigen bemüht war. (-/5.11.1980/bgy/ca)

+ + +



Gute Ausgangsposition für Reagan

Das europäisch-amerikanische Verhältnis klären

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Klarer als erwartet hat der republikanische Präsidentschaftskandidat Ronald Reagan die Wahlen in den Vereinigten Staaten gewonnen. Die Republikaner werden auch im amerikanischen Kongreß stärker als bisher vertreten sein. Ronald Reagan hat damit eine gute Ausgangsposition für seine Präsidentschaft, die am 20. Januar 1981 beginnt.

Der Wechsel im Amt des amerikanischen Präsidenten vollzieht sich in einer kritischen Zeit für Amerika und seine Verbündeten. Das wichtigste Problem aus amerikanischer Sicht ist jetzt natürlich die Beendigung des Geiseldramas. Erst dann wird sich die Weltmacht den übrigen Aufgaben, die sich jetzt stellen, mit der nötigen Konzentration widmen können.

Amerika steht innen- und außenpolitisch vor schweren Entscheidungen. Es geht jetzt darum, eine schwierige Wirtschaftslage zu meistern, die durch hohe Inflation, steigende Arbeitslosenziffern und sinkende Produktivität gekennzeichnet ist. Die Krise am Golf, der ungelöste Nahost-Konflikt und die Bereinigung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses verlangen klare außenpolitische Entscheidungen. Für Amerika und seine Verbündeten steht viel auf dem Spiel. Ronald Reagan ist mit einem außenpolitischen Programm in den Wahlkampf gezogen, das die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags infrage gestellt hat. Für Europa ist diese Frage insofern von entscheidender Bedeutung, als von der Fortsetzung des SALT-Prozesses auch der Erfolg der Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen in Europa abhängt. Ohne ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung des SALT-Prozesses auf amerikanischer Seite würde das europäisch-amerikanische Verhältnis in ein schwieriges Fahrwasser geraten. Ronald Reagan hat zwar die Bestimmungen des SALT-II-Vertrags kritisiert, aber der Notwendigkeit von Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion keineswegs eine Absage erteilt. Das amerikanische Engagement für solche Verhandlungen und insgesamt die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bedarf im Interesse des Bündnisses der Klärung.

Der Bundeskanzler wird bei seinem geplanten USA-Besuch Mitte November Gelegenheit haben, darüber erste Gespräche zu führen.

(-/5.11.1980/ks/ca)

+ + +



Ein hartes Stück Arbeit

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die Union nichts gelernt

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Man kann ohne jeden Denkaufwand leicht beobachten, wie die Verlierer der Wahl vom 5. Oktober - die CDU/CSU - in die Stellungen einziehen für die kommende öffentliche Debatte um die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik - und es sind die alten, längst bekannten, offensichtlich durch keine Fakten und keine Einsichten korrigierbaren Stellungen:

Da wird - wie immer - aus dem so leicht über die Zunge gehenden Ruf nach dem "Abbau der Subventionen" der harte Kampf um die Erhaltung jedes einzelnen Steuervorteils und jeder einzelnen Barzuweisung. Da kommt wie das Amen in der Kirche der Vorwurf, es würden Wahlgeschenke wieder eingesammelt, obwohl doch ein Blick in das Wahlprogramm der Sozialdemokraten genügt, um festzustellen, daß kosten-wirksame Ankündigungen für diese nun beginnende Legislaturperiode nicht gemacht wurden und selbst längerfristige Pläne unter einen Finanzvorbehalt gestellt wurden. Und da fehlt auch nicht der makabre und nachweislich unzutreffende Vorwurf, die Regierenden hätten vor den Wahlen dem Volk nicht gesagt, daß die finanzwirtschaftliche Lage zu harten Eingriffen zwingen würde.

Um dies alles zurechtzurücken, genügen wenige Feststellungen:

- Wir haben uns mit unwiderlegten Argumenten gegen den unsinnigen Vorwurf der Opposition gewehrt, der Staatsbankrott stünde bevor, und haben zur gleichen Zeit deutlich gemacht, daß die Staatsverschuldung dann nicht weiter wachsen darf, wenn die konjunkturelle Entwicklung kein Gegensteuern zur Sicherung von Arbeitsplätzen erfordert.
- Wir haben bereits bei der Beratung und Terminierung der Steuerentlastungen und Kindergelderhöhungen für 1981 im Blick gehabt und nicht verschwiegen, daß diese Stärkung der Massenkaukraft zu einem Zeitpunkt in Kraft treten wird, an dem sie uns helfen kann, einen bereits erkennbaren Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums im Winterhalbjahr abzufedern.
- Wir haben im Wahlkampf offen angekündigt, daß wir nach dem Wahltag konkret an den Abbau überholter Subventionstatbestände herangehen werden und daß dies bei Betroffenen Schmerzen bereiten wird.
- Wir machen bereits seit längerer Zeit eine Politik, die weg vom Öl führen soll. Wenn unsere Volkswirtschaft 1980 etwa 20 Milliarden DM mehr für die aus Ausland zu zahlende Ölrechnung für weniger Öl als im Vorjahr aufbringen muß - und dieser Betrag ist fast so hoch wie das gesamte Mineralölsteueraufkommen - dann ist die eindeutige Konsequenz, den Ölverbrauch stärker zu drosseln. Und dafür gibt es nur wenige wirklich greifende Mittel.

Eines der entscheidenden Mittel ist wohl oder übel, das Öl selbst über die Steuer zu verteuern. Auch diese Ankündigung erfolgte bereits in der Vorwahlkampfzeit.



Ein weiteres Mittel ist es, sämtliche Subventionen, die den Ölverbrauch heute noch begünstigen, rigoros zu streichen. Hans Matthöfer hat dies alles auf die seltsam klingende, aber unwiderlegbare Formel gebracht: "Um weniger Öl zu verbrauchen hilft nur, weniger Öl zu verbrauchen!" Und hier liegt auch der Hebel, um unser Defizit in der Leistungsbilanz allmählich wieder wegzubekommen.

Die von der sozial-liberalen Koalition nach ihrer Bestätigung durch die Wahl vom 5. Oktober zu erwartende Finanzpolitik war also in ihren Grundzügen erkennbar. Sie war darüber hinaus sogar in den beiden für heute entscheidenden Eckdaten öffentlich bekannt, nämlich Ansteigen des Haushaltsvolumens von 1980 auf 1981 nur um etwa plus vier Prozent und Begrenzung der Nettokreditaufnahme in 1981 bei rund 27 Milliarden DM mit sinkender Tendenz in den Folgejahren.

Schon dies bedeutet für die konkreten Entscheidungen zur Vorbereitung des Haushaltsentwurfs und unter Berücksichtigung einiger gewichtiger Haushaltsrisiken, die inzwischen klarer erkennbar sind - zum Beispiel Höhe der Koksrohlebeihilfe und hohes Zinsniveau - harte Eingriffe gegenüber früheren Planvorstellungen praktisch bei allen Einzelplänen der Bundesressorts.

Was aber neu hinzugekommen ist und auch erst im Herbst dieses Jahres beziffert werden konnte, waren die Daten der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung für das kommende Jahr (mit erheblichen Unsicherheiten in der Aussage für dessen zweite Hälfte). Diese Prognosedaten lieferten inzwischen der Bundeswirtschaftsminister und kurz darauf die Wirtschaftswissenschaftlichen Institute. Rechnet man diese Vorausschau in nächsterne Haushaltszahlen um, dann bedeuten sie über vier Milliarden DM weniger Steuereinnahmen (über die Wirkungen des Steuerpakets 1981 hinaus) beim Bund und zusätzliche Kosten bei der Bundesanstalt für Arbeit von fast gleicher Größenordnung.

Das Gewicht, das damit die Probleme der öffentlichen Finanzwirtschaft in den Koalitionsgesprächen haben mußte und hatte, ist wohl für jeden einsichtig. Wenn man feststellt, daß Lösungen für die gesamte Problematik in ihren wesentlichen Bestandteilen vereinbart worden sind, ist aber auch die Leistung dieser Koalitionsgespräche ablesbar.

Faßt man den Inhalt der Vereinbarungen in ihren Leitsätzen nochmals zusammen dann ergibt sich:

- Das Haushaltsvolumen wird nicht wesentlich über vier Prozent anwachsen.
- Der gesetzte Rahmen von rund 27 Milliarden DM wird eingehalten.
- Es werden zwei Steuern erhöht: Mineralöl- und Branntweinsteuer.
- Die beschlossenen Steuersenkungen für 1981 bleiben unangetastet.
- Eine Erhöhung von Sozialbeiträgen über das im 21. Rentenanpassungsgesetz vor zwei Jahren festgelegte Maß (plus ein halbes Prozent bei der Rentenversicherung) kommt nicht in Frage.
- Es werden Subventionen gekürzt, und zwar insbesondere auch in den Bereichen, in denen der Mineralölverbrauch noch begünstigt wird.



- Eingriffe in das von uns geschaffene Netz sozialer Leistungen finden nicht statt.

Wer genau hinsieht, kommt zu dem Ergebnis, daß dies exakt die Zusammenfassung der vor dem Wahltag angekündigten Politik ist. Es gibt keine inhaltliche Abweichung. Es gibt nur an einer Stelle ein härteres Zupacken: Die Mineralölsteuer und die Branntweinsteuer müssen - wenn auch zu einem späteren Zeitpunkt - stärker erhöht werden als im Sommer angenommen. Dies ist allerdings gravierend, und niemand redet darum herum, daß die Erhöhung der Mineralölsteuer diejenigen, die ihre Fahrleistung als Fernpendler auf dem Weg zur Arbeitsstelle nicht einschränken können, um zehn bis zwölf DM im Monat stärker belasten wird. Es wird an anderer Stelle untersucht und dargelegt werden müssen, welche Belastungswirkung bei anderen Personengruppen oder Institutionen der Abbau der Subventionen haben wird, der die öffentliche Haushalte bereits im ersten Jahr 1981 um 1,7 Milliarden DM, davon 1,1 Milliarden DM beim Bund, entlasten soll. Einen Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, geht nun mal nicht.

Faßt man den finanzwirtschaftlichen Vorgang zusammen, der durch die Koalitionsgespräche gemeistert worden ist und nun seinen Ausdruck in dem Etatentwurf des Finanzministers finden wird, dann sind allein für 1981 etwa elf Milliarden DM gegenüber der bisherigen Planung eingespart worden (davon sind etwa 2,6 Milliarden DM Einnahmen aus Steuererhöhung), die sonst entweder das Haushaltsvolumen oder die Kreditaufnahme erhöht hätten. (Die Einbeziehung nun bekannter Risiken und die Abwehr zusätzlicher Ressortforderungen nicht gerechnet.) Es sollte niemand sagen, daß dies ein leichtes Stück Arbeit war.

Dem Bundesfinanzminister gebührt Dank, und er braucht Einsicht und Hilfe bei allen, die wollen, daß unser Staat geordnete Finanzen behält. (-/5.11.1980/ks/ca)

* * *



Der Arbeitsmarkt fordert die Politiker!

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monats Oktober

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der SPD-Bundestagsfraktion

Die Arbeitsmarktdaten des Monats Oktober müssen unter zwei Gesichtspunkten gesehen werden:

1. eine weitere konjunkturelle Abschwächung, die den Arbeitsmarkt immer stärker belastet
2. die saisonüblichen Kündigungstermine der Verwaltungsberufe und der Gastronomie.

Diese Aspekte müssen bei der differenzierten Betrachtung im Auge behalten werden.

Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden erhöhte sich im Monat Oktober um 65.500 oder acht Prozent auf 888.100. Die neue Gesamtquote lautet 3,8 Prozent. Im Vormonat waren es 3,5 Prozent; im vergleichbaren Vorjahresmonat 3,3 Prozent. Dies deutet im Gesamtdurchschnitt auf eine relativ stabile Gesamtsituation hin.

Der Bestand an arbeitslosen Männern nahm im Berichtsmonat um 32.500 oder neun Prozent auf 400.300 zu. Das sind immerhin 70.700 mehr als im Vorjahr. Die neue Quote lautet 2,8 Prozent.

Die Zahl der stellungssuchenden Frauen erhöhte sich um 33.000 oder 7,5 Prozent auf 487.800. Das entspricht einer Zunahme, gemessen am Oktober 1979 um 55.700. Die Quote der Frauen: 5,4 Prozent.

Bei den offenen Stellen verzeichnet die Bundesanstalt für Arbeit ein Minus von 24.300 oder acht Prozent auf 274.900. Dies entspricht einem stärkeren Rückgang als in den Vormonaten.

Die allgemeine konjunkturelle Entwicklung zeigt ihre Auswirkungen auch bei den sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes.

Die Zahl der jugendlichen Arbeitssuchenden nahm um zwei Prozent oder 1.800 auf 77.000 ab. Das Vorjahresniveau wird damit um 15.000 übertroffen.

Bei den über 59jährigen wird eine Zunahme von 2.800 auf 66.900 Stellungssuchenden verzeichnet.

Die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen nahm ebenfalls stärker als saisonüblich um 2.800 auf 66.900 zu. Das entspricht einer Steigerung um 4,2 Prozent.

Zu den beruflichen Teilarbeitsmärkten:

Im Bausektor wirkt sich die schwache Konjunktur weiter ungünstig auf die Beschäftigungs-



situation aus. Die Zahl der Stellungsuchenden nahm um 5.300 auf 29.600 zu. Ähnlich wie im Bausektor stieg im Bereich der Metall- und Elektrikerberufe die Arbeitslosenzahl an. Es wird ein Plus von 9.300 oder acht Prozent vermeldet. Die Gesamtzahl beläuft sich jetzt auf 124.300.

Der Arbeitsmarkt der Büro- und Verwaltungsberufe sowie der Warenkaufleute wird im wesentlichen durch den Kündigungstermin für Angestellte bestimmt. Im Monat Oktober erhöhte sich die Zahl um 13.900 oder sieben Prozent stärker als gewöhnlich in diesem Zeitraum. Die Gesamtzahl beläuft sich im Berichtsmonat auf 211.300. Das sind 17.200 mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Mit der Konstituierung des 9. Deutschen Bundestages werden die arbeitsmarktpolitischen Vorgaben ausführlich zu diskutieren sein. Wir werden unser bisheriges Konzept kritisch überprüfen müssen und uns auf neue wirtschaftspolitische Vorgaben einzurichten haben. Weitere arbeitsmarktpolitische Konjunkturprogramme scheinen jedenfalls nicht in Sicht zu sein. Das haben die Koalitionsverhandlungen eindeutig gezeigt.

Ja, im Gegenteil: Schon gehen Rufe durchs Land, die an die Kreativität der Gewerkschaften und Politiker appellieren, den Arbeitsmarkt ohne Geldspritzen aus dem Tief zu führen. Doch ohne konjunkturelle Maßnahmen, dies vor allem an die Adresse der Bundesbank, wird sich nichts bewegen lassen:

Die Arbeitsmarktpolitik muß folgende Schwerpunkte setzen:

1. Der zu erwartende Strom der geburtenstarken Jahrgänge fordert eine gesteigerte Flexibilität des Arbeitsmarktes in seiner Gesamtheit. Dabei stellt die Diskussion um eine Verkürzung der Arbeitszeit den Brennpunkt dar. Doch auch eine Verlängerung der Bildungsphase und die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze scheinen geeignete Maßnahmen zur Konsolidierung zu sein.
2. Das Problem der Leiharbeit, daß sich schon nicht mehr nur auf den Bausektor beschränkt, wird immer dringlicher. Dies wird gerade auch bei den jüngsten Daten sehr deutlich. Der Ausweg scheint das totale Verbot der Leiharbeit per Dekret zu sein. Kurzfristig ist die Arbeitsverwaltung aufzufordern, die Anträge zur Zulassung als Leiharbeitsfirma einer genaueren Prüfung als bisher zu unterziehen.

Es sei nochmals auf die Priorität einer Arbeitsmarktpolitik hinzuweisen, die die Vollbeschäftigung anstrebt. Davon dürfen sich Sozialdemokraten nicht abbringen lassen.

(-/5.11.1980/bgy/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

